

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung
SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (2001)

Heft: 1: Warten bis es knallt!

Vorwort: Atomlobby hat gesiegt : jetzt hat das Volk das Wort!

Autor: Kuhn, Eva

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

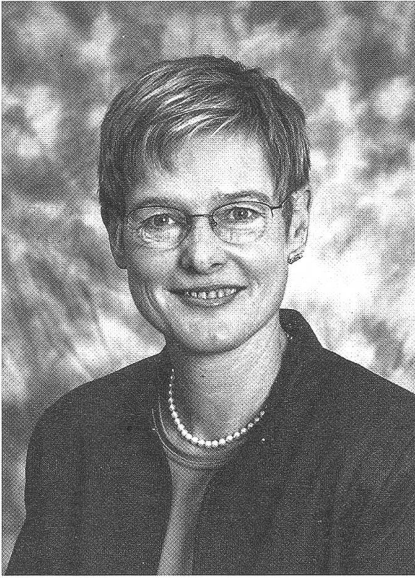
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Eva Kuhn, SES-Präsidentin

Atomlobby hat gesiegt – jetzt hat das Volk das Wort!

Jetzt ist die Katze aus dem Sack und lässt keine Zweifel offen: Es ist die Atomindustrie, welche in dieser Auseinandersetzung gesiegt hat. Statt eine wirklich zukunftsorientierte Revision des Atomgesetzes zu präsentieren, serviert der Bundesrat ein mutloses, rückwärtsgerichtetes, perspektivenloses Atomförderungsgesetz.

In meinen Augen nimmt der Bundesrat seine Verantwortung nicht wahr. Er hat es versäumt,

- die Befristung der AKW-Betriebszeiten verbindlich zu regeln;
- die Finanzierung für Stilllegung und Entsorgung durch die AKW-Betreiber sicherzustellen;
- die unrentable und gefährliche Wiederaufbereitung ab sofort zu verbieten;
- ein Lagerkonzept für den Atom-müll zu erstellen, wie es die Umweltorganisationen seit Jahren verlangen;
- die AKW-Betreiber auf ihre unbeschränkte Haftpflicht festzulegen.

Der bundesrätliche Entwurf des Atomenergiegesetzes stellt für die Energiepolitik unseres Landes einen Rückschritt in die Zeit vor dem Moratorium dar. Mit dem anachronistischen Bekenntnis zur Atomenergie verhindert sie gleichzeitig den Einstieg in eine zukunftsorientierte Energiepolitik, eine Energiepolitik der Energieeffizienz und der umweltfreundlichen Energien. Gleichzeitig schreitet sie auch zurück hinter ihre eigenen energiepolitischen Ziele vom September 2000 – immerhin entstanden Förderabgabe und Umweltafgebabe unter der Mitwirkung des Bundesrates! Ich frage mich, wo die Wahrnehmungssorgfalt unserer obersten Bun-

desbehörde bleibt. So konnten keinerlei bundesrätliche Reaktionen auf die mit etlichen Problemen belastete Betriebsaufnahme des ZWILAGs wahrgenommen werden. Fast schizophoren mutet es dagegen an, wie andererseits bundesrätlich auf das Balkansyndrom reagiert wurde – natürlich nehme ich dies auch ernst. Jedoch sind die mit der Atomenergie verbundenen enormen gesundheitlichen Risiken überhaupt kein Thema innerhalb der bundesrätlichen Traktandenliste. Ebenso werden systematisch die Kosten für die Stilllegung und die Entsorgung der bestehenden AKWs völlig unterschätzt. In der vorliegenden Botschaft zum Atomenergiegesetz können wir es jetzt schwarz auf weiss lesen: Am Schluss zahlt der Bund, sprich die SteuerzahlerInnen.

Der Bundesrat gibt mit seiner Botschaft zur Revision des Atomenergiegesetzes Antwort auf die Initiativen «Strom ohne Atom» und «MoratoriumPlus». Mit seiner rückwärts orientierten Botschaft zum Atomenergiegesetz rennt er jedoch einem Mythos nach statt Sachpolitik zu betreiben. Zusammen mit den Umweltverbänden der Schweiz wird es während der nächsten Monate und Jahre eine der wichtigsten Aufgaben der SES sein, die Energiepolitik unseres Landes in Richtung Nachhaltigkeit zu lenken, weg von der Sackgasse Atomenergie.

Die kommende Zeit wird uns alle sehr fordern; die Abstimmung über die Initiativen «Strom ohne Atom» und «MoratoriumPlus» sind die grosse Herausforderung für eine Energiepolitik der Zukunft. Mit Ihrer Unterstützung können wir es schaffen!

□